Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5546

13. 09. 96

Antrag

der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Saarausbau stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Verhandlungen mit den Regierungen der Länder Saarland und Rheinland-Pfalz über das „Verwaltungsabkommen über den Ausbau der Saar zwischen Saarbrücken und der Mündung" vom 28. März 1974 mit dem Ziel einzuleiten, die in dem Verwaltungsabkommen getroffene Vereinbarung über den Saarausbau aufzuheben.

Bonn, den 13. September 1996

Gila Altmann
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Nach dem „Verwaltungsabkommen über den Ausbau der Saar zwischen Saarbrücken und der Mündung" vom 28. März 1974 finanzieren der Bund und die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland gemeinsam den Ausbau der Saar. Bisher wurden für den Saarausbau ca. 1,8 Mrd. DM ausgegeben.

Für den weiteren Ausbau der Saar will der Bund in den nächsten Jahren (ab 1997) weitere 154 Mio. DM zur Verfügung stellen. Von den Ländern Saarland und Rheinland-Pfalz sollen weitere 82 Mio. DM hinzukommen, wobei der Anteil des Saarlandes 1997 und 1998 (26,8 Mio. DM) vom Bund übernommen wird.

Der bisherige Saarausbau hat seine Ziele nicht erreicht: Obwohl durch die Saarkanalisierung unter massivem Einsatz von Steuermitteln dem Binnenschiffahrtsgewerbe ein hochsubventionierter Transportweg zur Verfügung gestellt wurde, hat keine nennenswerte Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Saar stattgefunden. Statt der ursprünglich prognostizierten Gütermenge von 11 Millionen Tonnen werden jährlich lediglich 4 Millionen Tonnen befördert, die vor allem zu Lasten der Bahn gingen. Der Lkw-Verkehr auf der parallel verlaufenden Autobahn A 1 stieg

dagegen allein von 1985 bis 1990 von über 40 % von 20,5 Millionen auf 29,1 Millionen Lkw-Kilometer an.

Die Umweltauswirkungen des Ausbaus sind dramatisch: Im Rahmen des Saarkanalisierung wurden weite Teile des Flußlaufes seiner ökologischen Funktion beraubt. Ständig wiederkehrende Hochwasser belegen die Schädlichkeit umfangreicher Flußregulierungsmaßnahmen. Die deutsch-luxemburgerische Expertengruppe „Hochwasserhydrologie Mosel/Saar" hat in ihrem Bericht für die rheinland-pfälzische Landesregierung belegt, daß sich durch den Saarausbau die Hochwassersituation verschärft hat.

Der bisherige Ausbau hat also weder in verkehrspolitischer noch in ökologischer Hinsicht die erwarteten positiven Effekte gezeigt.

Insbesondere gegen den Ausbau der Saar im Stadtgebiet Saarbrücken formiert sich breiter Widerstand.

Der einzige größere Nutzer dieses Teilstücks wäre die Halberger Hütte, die an das sonstige übergeordnete Verkehrsnetz gut angebunden ist. Eine Nutzung der kanalisierten Saar wäre auch für die Halberger Hütte nur möglich, wenn mit Millionenkosten auf den St. Arnualer Wiesen ein neuer Hafen entstünde.

Daher ist insbesondere der Ausbau dieses Teilstücks extrem unwirtschaftlich und darüber hinaus auch aus städtebaulichen Gründen nicht zu verantworten. Um den Schiffen die Durchfahrt durch die Stadt Saarbrücken zu ermöglichen, müßten umfangreiche und kostenaufwendige Veränderungen an Brückenwerken vorgenommen werden, für den Hafen bei St. Arnual wichtige Erholungs- und Naturschutzgebiete weichen. Aus diesen Gründen hat sich die Stadt Saarbrücken bereits gegen einen weiteren Ausbau dieses Abschnitts ausgesprochen.

Unterstützt wird sie dabei vom Saarland. Der Landtag hat in seiner Sitzung am 24. Januar 1996 beschlossen, mit dem Bund über den Verzicht auf die Saarkanalisierung im Stadtgebiet Saarbrücken zu verhandeln.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333